

Putin kann sich eine Niederlage nicht leisten

Leserbrief von Erwin Junker zum Krieg Russlands gegen die Ukraine am 30.04.2022 :

„Der Feind ist uns zehn zu eins überlegen“, so ein ukrainischer Kommandeur in der „zu großen Teilen zerstörten“ Stadt Mariupol.

Dennoch fordert Damir Fras: „Die Bundesregierung muss sich der Verantwortung stellen und der Ukraine auch mit schweren Waffen helfen.“

Entsetzt fragt man sich, ob dies noch Ausdruck pathetischer Naivität oder bereits bewusste Skrupellosigkeit ist. Was denkt sich Fras eigentlich? Wie viele Kriegstote hält er denn noch für „vertretbar“? Glaubte er ernsthaft, mit „schweren Waffen“ wäre die sich abzeichnende militärische Niederlage der Ukraine noch abzuwenden?

Selbst wenn das so käme – in die Enge getrieben wäre es für die Angreifer ein Leichtes, ein oder zwei Atomkraftwerke zu bombardieren und so das Land vollends in Schutt und Asche zu legen. Und entscheidend ist: Putin kann sich eine Niederlage seiner Armee nicht leisten, es wäre sein politisches Ende. Somit wird er, wie angedroht, alles – alles! – daransetzen, dies zu verhindern.

Die gleichen Fragen aber sind nicht nur Damir Fras und seinen journalistischen Kombattanten wie Dunz, Koch und anderen zu stellen, sondern ebenso vielen unserer ParlamentarierInnen.

Schweres Kriegsgerät zu liefern trägt angesichts der drückenden russischen Überlegenheit zu nichts anderem als zur Eskalation des Krieges und Verlängerung des Leides bei. Es würde bedeuten, weiterhin unzählige Opfer bewusst und rücksichtslos einzukalkulieren. Das wäre zynisch und das Gegenteil von verantwortlichem Handeln.

Brigadegeneral a.D. Erich Vad, ehemals militärpolitischer Berater von Altkanzlerin Merkel, befürchtet, Lieferungen schwerer Waffen könnten ein „Weg in den Dritten Weltkrieg“ sein. Er betont, zielorientiert „den laufenden Krieg vom Ende her denken“ zu müssen. „Wenn wir den Dritten Weltkrieg nicht wollen, müssen wir früher oder später aus dieser militärischen Eskalationslogik raus und Verhandlungen aufnehmen.“

An der Eskalation hat die ukrainische Führung – ungeachtet des verbrecherischen Überfalls der russischen Truppen – durchaus ihren Anteil; verwiesen sei zum Beispiel auf das hartnäckige Blockieren des Minsker Abkommens, den Krieg gegen die sogenannten Volksrepubliken seit 2014 mit mehr als 14000 Toten und den Umgang mit der russischen Sprache, die von 30 Prozent der ukrainischen Bevölkerung gesprochen wird.

Ein echter Akt der Solidarität mit den Menschen im Lande wäre es, wenn der Westen im Sinne des Appells von Erich Vad auf die ukrainische Führung einwirken würde, Perspektiven für eine Nato-freie, neutrale Ukraine zu entwickeln.